

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus – Versuch einer Einordnung

von Michael Drescher (2026), Gefängnisseelsorger JVA Karlsruhe und JAA Rastatt

1. Einleitung

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus gewinnen in Deutschland weiter an Einfluss. Am 22. Februar 2024 hat die Deutsche Bischofskonferenz bei Ihrer Frühjahrstagung einstimmig die Erklärung „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ verabschiedet. Die Bischöfe beschreiben den Rechtsextremismus als derzeit drängendste Gefahr für die freiheitliche Ordnung. Auch die Gefängnisseelsorge in Deutschland hat sich verschiedentlich mit dem Thema beschäftigt, unter anderem auf einer Tagung der **AG Jugendvollzug im Mai 2025 in Traunstein**. Diese Tagung und meine Erfahrungen mit Vertretern der AfD in der Kommunalpolitik haben mich angeregt, die Funktionsweise des Rechtspopulismus und -extremismus besser verstehen zu wollen. Hilfreich war für mich auch das Buch von Sally Lisa Starke (2025) „Zu Besuch am rechten Rand. Warum Menschen AfD wählen“. Das sind die Hintergründe, weshalb ich diesen Versuch einer knappen Einordnung unternehme.

2. Begriffliches

Rechtspopulismus beschreibt einen vermeintlich „volksnahen“ Politikstil, nach dem Motto „Wir hier unten gegen die da oben“. Für komplexe Probleme werden einfache Lösungen angeboten. Es werden Sündenböcke für die Probleme gesucht und benannt. Provokationen und Tabubrüche werden als Methode gezielt eingesetzt. Eine Emotionalisierung geschieht über Angst, Hass und Neid. Als Beispiel seien die Plakate der AfD bei der Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg genannt: „Andere leben gut von deinen Steuern“ oder „Es sind zu viele“.

Der Begriff des **Radikalismus** wird oftmals falsch gebraucht. Richtigerweise meint er in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer tiefgreifenden politischen Veränderung im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaat). Beim **Rechtsextremismus** soll das System überwunden werden. Er richtet sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und ihre Kernprinzipien Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das Ziel sind autoritäre Strukturen wie in einem totalitären Staat. Er ist verfassungsfeindlich, weil er unterstellt, dass die Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder Nation über den tatsächlichen Wert eines Menschen entscheide.

Beim **Terrorismus** kommt zur Beeinflussung der Gesellschaft und zur Erreichung politischer Ziele systematisch Gewalt zur Anwendung (BIGE Bayern 2024).

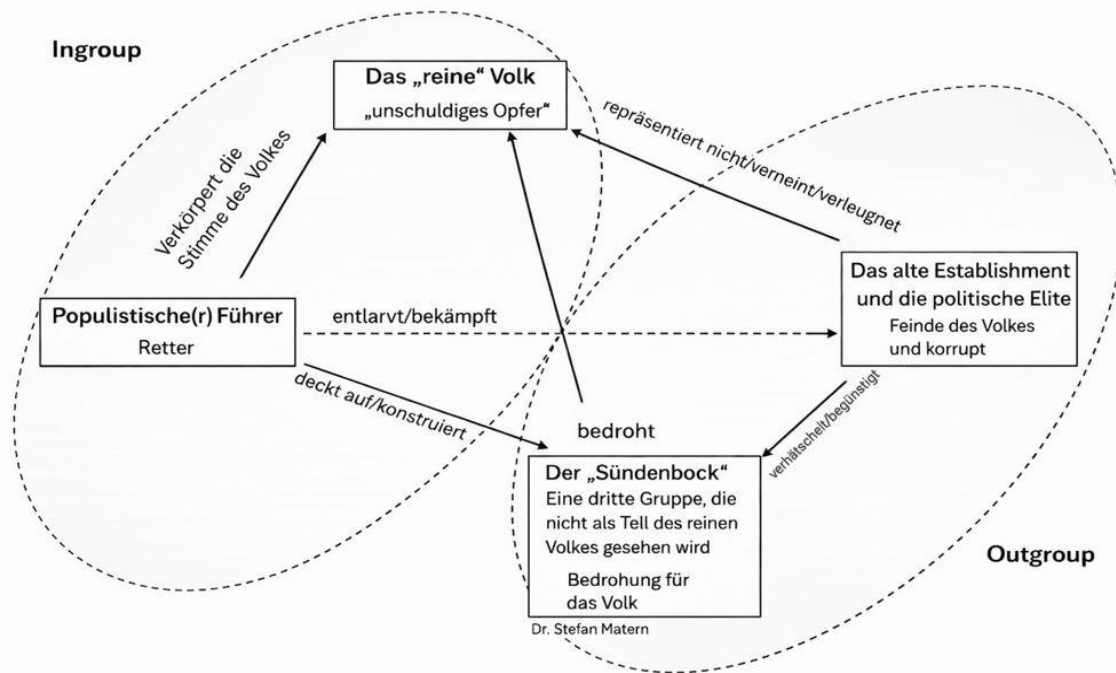
3. Rechtspopulismus im Aufwind

Rechtspopulistische Politiker*innen nehmen für sich in Anspruch, dass sie und nur sie das „Volk“ gegen eine abgehobene Elite vertreten. Die Elite bzw. das Establishment sind die Politiker*innen der anderen **Parteien**, aber auch **Medien**, **Gerichte** oder **gesellschaftliche Institutionen**. Manchmal reichen bereits Symbole, um die Distanz zum Establishment zu kommunizieren. Beim ehemaligen Premierminister von Großbritannien Boris Johnson war es beispielsweise seine bewusst ungeordnete Frisur, bei Donald Trump die demonstrativ einfache Sprache. Solche Inszenierungen vermitteln den Eindruck von Volksnähe und Authentizität.

Rechtspopulisten sprechen häufig von Bedrohungen für das eigene Land und machen dafür Minderheiten oder Eingewanderte verantwortlich. So schürt bzw. nutzt der Rechtspopulismus die Ängste und Sorgen der Menschen. Der Aufbau eines Feindbildes ist Teil der Strategie. Die Mobilisierung erfolgt durch eine einfache Unterteilung der Gesellschaft in Freund und Feind. Auf der einen Seite steht der „normale“ Bürger – ehrlich, fleißig und angeblich zunehmend Opfer der Entwicklungen. Demgegenüber stehen „die Anderen“. Diese bestehen aus drei Gruppen: „**Die da oben**“, also die politische und gesellschaftliche Elite, „**die Fremden**“, denen unterstellt wird, sie wollten sich Vorteile verschaffen, und „**die da unten**“, also sozial Schwache oder angebliche „Leistungsempfänger“.

Der **Begriff der Normalität** spielt eine wichtige Rolle. Der Wahlkampfeslogan der AfD bei der Bundestagswahl 2025 „Deutschland, aber normal“ knüpft bewusst an ein verbreitetes Gefühl an, dass sich gesellschaftliche Verhältnisse zu stark verändert hätten. „Normalität“ wird dabei als ein verlorener Zustand dargestellt, zu dem man zurückkehren müsse. Der Begriff bleibt bewusst unbestimmt, entfaltet aber gerade dadurch Wirkung und wird zu einem Kampfbegriff. Er suggeriert, dass viele Menschen insgeheim ähnlich denken, dies aber öffentlich nicht mehr äußern dürften. Hier knüpft das Narrativ der „**schweigenden Mehrheit**“ an. Das „Volk“ traue sich angeblich noch nicht, seinen „Volkswillen“ offen kundzutun. Rechtspopulisten stellen sich deshalb als diejenigen dar, die dieser Mehrheit eine Stimme geben. Auf Wahlplakaten der AfD zur Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg finden sich Slogans wie „Du siehst es doch auch!“ oder „Dein Nachbar wählt uns auch!“ Die Botschaft lautet: Du bist nicht allein – viele denken so wie du.

Nach meinen Erfahrungen geht es der AfD in der **Kommunalpolitik** inzwischen etwas weniger um Provokation als um diese Selbstinszenierung als **vermeintliche „Stimme des Volkes“**. Das hat bereits zu unterschiedlichem Abstimmungsverhalten in öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen in Kommunalparlamenten geführt, ohne dass dies erklärt wurde. Entscheidend ist offensichtlich nicht, eine konsistente Politik zu vertreten, sondern „coram publico“ die Botschaft zu vermitteln: Wir sehen dich und vertreten dich exklusiv. Damit erreichen rechtspopulistische Akteure viele Menschen, die ein Gefühl von Benachteiligung oder mangelnder Anerkennung in sich tragen.



Dr. Stefan Matern (LMU München) hat auf der Tagung der Gefängnisseelsorge in Traunstein mit dieser Grafik ein **Grundmuster des Rechtspopulismus** beschrieben. Es lässt sich auf unterschiedliche Themen und gesellschaftliche Gruppen übertragen. So schreibt der AfD-Landesverband Baden-Württemberg in seinem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026: „Wir kritisieren die Amtskirchen dafür, aus dem Gebot ‚Liebe deinen Nächsten wie dich selbst‘ faktisch ein ‚Liebe deinen Fernsten, aber nicht deinen Nächsten und vor allem nicht dich selbst‘ gemacht zu haben“ (AfD 2026: 59). Die Kirchen werden damit ebenfalls Teil des Establishments, das angeblich die Interessen des „Volkes“ verraten habe. Rechtspopulisten präsentieren sich dagegen als Verteidiger der „eigentlichen“ christlichen Botschaft.

Nicht zu unterschätzen ist zudem eine weitere Strategie des Rechtspopulismus: Aus einzelnen Problemen werden **gezielt Krisen konstruiert**. Jede Krise dient als Beleg dafür, dass die politischen Eliten angeblich nicht im Interesse des „Volkes“ handeln. Dadurch wächst **Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen**. Wenn gesellschaftliche Entwicklungen permanent als Krisen dargestellt werden, erscheint die Notwendigkeit eines radikalen Wandels plausibel. Wie dieser Wandel konkret aussehen soll, bleibt häufig vage und wird als Rückkehr zu einem idealisierten Zustand der Vergangenheit dargestellt – einer „Retrotopia“. Die Krisenrhetorik untergräbt Vertrauen in demokratische Institutionen und kann autoritäre Erwartungen stärken. Sie bereitet damit den Boden für populistische Führungsfiguren.

4. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Der Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bietet eine breitere Perspektive auf **gesellschaftliche Abwertungsmechanismen**. Er bezeichnet feindselige Einstellungen gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen, die als „andersartig“ oder „minderwertig“ wahrgenommen werden. Er beruht auf der **Ideologie der Ungleichwertigkeit** und äußert sich in der Abwertung und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu

bestimmten sozialen, ethnischen, religiösen oder kulturellen Gruppen. Dazu gehören neben Rassismus auch Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie sowie die Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Behinderung, Religion oder sozialen Stellung (Zick u.a. 2023). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist ein globales Phänomen. Deshalb können auch innerhalb und zwischen verschiedenen migrantischen Gemeinschaften rassistische und diskriminierende Haltungen existieren, z.B. zwischen Migranten, die schon länger hier sind und sich schon eine Existenz aufgebaut haben und solchen, die gerade erst angekommen sind. Die AfD spricht gezielt Gruppen an, die sich selbst benachteiligt fühlen und verstärkt deren Gefühle von Ungerechtigkeit. Dabei wird das Narrativ bedient, dass sich die AfD für die einsetzt, „die schon länger hier sind“ (Starken 2025: 196-206).

5. Freund - Feind - Denken

Es lohnt sich, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die dahinterliegende Denkstruktur etwas genauer anzuschauen. Die **Spaltung der Gesellschaft** ist ein Teil des Politikverständnisses im Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Der AfD-Politiker Maximilian Krah, MdB, hat es so formuliert:

„Politik ist die Unterscheidung von Freund und Feind. Wer nicht imstande ist, den Feind zu erkennen. Wer nicht imstande ist, den Feind zu erkennen und zu definieren, ist politikunfähig. Ist ein ganzer Staat dazu nicht mehr imstande, geht dieser unter“ (Krah 2023: 203-204).

Der Mitarbeiter der AfD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern Heino Bosselmann, geht in seinen Ausführungen noch einen Schritt weiter: „Das Diskriminieren ist daher ein notwendiges Prädikat allen bewußten und sogar unbewußten Daseins. Ohne zu unterscheiden vermögen wir nicht zu denken, nicht zu fühlen und schon gar nicht zu handeln, insofern jeder Entschluß oder Entwurf eben einer Entscheidung folgt, die das eine vom anderen scheidet, also dieses tut und jenes vermeidet, dies annimmt, jenes aber ablehnt, eingrenzt, abgrenzt, ausgrenzt, um überhaupt klarzusehen, tätig und wirksam zu sein. Zu diskriminieren, zu unterscheiden entspricht unserer Lebendigkeit. Wir folgen der Entscheidung und haben uns über deren Folgen dann zu belehren, um – revidierend – die nächste Entscheidung zu treffen, mithin die nächste Diskriminierung vorzunehmen. Wenn man sich nicht dem Einheitsbekenntnis der Altparteien, der ‚Mitte‘ und der selbsterklärt ‚Anständigen‘ anschließt, klärt Diskriminierung die Fronten, derer die Auseinandersetzung bedarf; sie verdeutlicht die Kontur dessen, wer und was man seiner Identität nach ist und wer oder was man gerade nicht sein will“ (Bosselmann 2020).

Politik oder generell Realität beginnt nach diesem Verständnis dort, wo **zwischen Freund und Feind** unterschieden wird. Die politische Identität definiert sich ex negativo. Der Feind ist eine anthropologische Konstante, durch die ich zu meiner politischen Identität gelange. Der Diskriminierungsakt gegenüber dem Feind wird so zum aktiven Handlungsimperativ. In der Philosophie Martin Bubers gibt es den Kernsatz „Der Mensch wird am DU zum ICH“. Er besagt, dass sich die menschliche Identität nur in Beziehung zu einem Gegenüber entwickeln kann – durch Begegnung, Dialog und Kommunikation mit anderen Menschen (oder Gott). In der Denkstruktur der Freund-Feind Kategorisierung heißt der Satz: „**Der (politische) Mensch wird gegen das DU zum ICH**“.

6. Ethnokulturelle Identität

„Identität“ ist ein Begriff, der in der **Sprache der Neuen Rechten** von großer Bedeutung ist. **Welcher Identitätsbegriff liegt der rechten Denkweise zugrunde?**

Der AfD-Politiker Maximilian Krah denkt das ICH nicht als offen und formbar, sondern als Produkt „natürlicher“ Prägung – durch Biologie, „Boden“, Sprache, Tradition. Diese Identität werde nicht „entwickelt“, sondern „gefunden“ und „angenommen“. So kenne das ICH seinen Platz in der Welt. Eine ethnokulturelle Identität bedeute Ordnung, die durch Disziplinierung, Ausschluss oder Assimilation erreicht würde. Freiheit sei nicht Selbstentfaltung, sondern Treue zu dem Gegebenen. Die Moderne hingegen habe den Menschen „in verschiedene Rollen aufgespalten“, die voneinander entkoppelt seien. Gleichzeitig verlange sie die Loslösung von allen traditionellen Bindungen, wodurch das eigentliche ICH immer weniger fassbar würde. Durch diesen Prozess entstehe kein stabiles ICH, sondern ein „entkernter und entwurzelter Mensch“, der nur noch von äußeren Umständen bestimmt ist. Das rechte Menschenbild setze hier bewusst auf Verwurzelung: Das ICH stehe im Einklang mit seinem Wesen, geprägt durch Familie, Geschlecht, Kultur, Sprache und Heimat. „Kind seiner Eltern zu sein und das Erbgut der Generationen zu tragen“ – diese Gegebenheiten definierten das Selbst. Rechts zu sein bedeute, „dieses Wesen anzunehmen, zu schätzen und ihm gemäß zu leben“ – persönlich und politisch. Daraus folge das Ziel, jene Bedingungen zu bewahren, „die ein Leben entsprechend dem Ich“ ermöglichen (Krah 2023: 32-33).

Der politische Aktivist der Neuen Rechten, Götz Kubitschek, sieht gesellschaftliche Vielfalt als eine Bedrohung, denn sie erzeuge Fragmentierung, Verunsicherung, Auflösung und damit letztlich Orientierungslosigkeit. „Homogenität meint substanzielle Gleichheit innerhalb sozialer Verbände – sie entsteht dadurch, dass das Andere als anders erkannt und diszipliniert oder ausgeschlossen wird (...) Die Kriterien für Anders-Sein variieren, reichen aber bis zur sozialen Ächtung »politisch inkorrekt« Meinungen in modernen Gesellschaften. Der Ethologe Eibl-Eibesfeldt nennt dies »normangleichende Aggression« – sie soll das Verhalten jedes Einzelnen berechenbar machen“ (Kubitschek 2021).

Aus dem Verständnis von Identität und Homogenität leitet der österreichische rechtsextreme Aktivist und Autor Martin Sellner, direkt politische Postulate ab: „Wir müssen unsere ethnokulturelle Identität und Substanz bewahren. Dazu brauchen wir eine radikale Wende der Identitäts- und Bevölkerungspolitik, die den Bevölkerungsaustausch aufhält“ (Sellner 2023: 25). „Fest steht: Durch eine Remigrationspolitik kann der Bevölkerungsaustausch erst verlangsamt, dann gestoppt und schließlich umgekehrt werden“ (Sellner 2023: 26).

7. Metapolitik

Metapolitik ist ein Begriff, der oft mit der „Neuen Rechten“ verbunden ist. Er meint den „**Kampf um die Köpfe**“, also Strategien, die darauf abzielen, in **Sprache, Kultur und Medien** die **Deutungshoheit** zu erlangen. Auch über **Mode und Musik** will die zeitgenössische Rechte gesellschaftliche und kulturelle Werte, Normen, Vorstellungen sowie Praktiken langfristig beeinflussen und verändern, ohne unmittelbar politische Macht anzustreben. Das Ziel ist die „Luftthoheit über die Köpfe und Herzen der Menschen“ (Von Waldstein, Thor 2015: 14) und „die Eroberung der kulturellen Hegemonie“ (Sellner, 2003: 74). Sogenannte „Vorfeldorganisationen“ mobilisieren Anhänger, verbreiten rechtspopulistische Ideen und tragen zur Stärkung des rechtsextremen Milieus bei. Beispiele sind die rechtsextreme

Identitäre Bewegung oder das Frauennetzwerk Lukreta, das den Eindruck vermitteln will, dass es sich um Frauen kümmert. Dazu dienen folgende Slogans: „Ich liebe den Abend, aber nicht den Nachhauseweg“ oder „Remigration schützt Frauen“ (Instagram, zitiert nach Starcken 2025: 115).

8. Perpetuum mobile

Auf der Tagung der Gefängnisseelsorge in Traunstein beschrieb Dr. Stefan Matern einen Mechanismus, der sich als eine Art „Perpetuum mobile“ des Rechtspopulismus verstehen lässt. Gemeint ist damit ein **wiederkehrender Kommunikationszyklus**, der darauf abzielt, **Aufmerksamkeit** zu erzeugen, **öffentliche Debatten zu dominieren** und die eigene **Anhängerschaft zu mobilisieren**. Dabei geht es weniger um konsistente politische Inhalte als um eine **Abfolge von Provokationen, Reaktionen und Umdeutungen**.

Am Anfang steht häufig ein **bewusst provoziertes Skandal**. Eine zugespitzte oder tabubrechende Aussage löst **öffentliche Empörung** aus und sorgt für **mediale Aufmerksamkeit**. Darauf folgt in der Regel eine Phase der **Leugnung oder Relativierung**. Die betreffende Person erklärt, missverstanden worden zu sein oder dass ihre Aussage aus dem Zusammenhang gerissen worden sei. Anschließend wird das Gesagte neu definiert oder in eine bewusst **mehrdeutige Form** gebracht, sodass unterschiedliche Deutungen möglich bleiben. Ein weiterer Schritt besteht in der **Konstruktion einer Opferrolle**. Die Kritik an der ursprünglichen Aussage wird als Beleg dafür dargestellt, dass bestimmte Meinungen angeblich nicht mehr geäußert werden dürften. Gleichzeitig kommt es zu Dramatisierungen und Übertreibungen, die einzelne Konflikte als Zeichen einer umfassenden gesellschaftlichen Krise deuten. **Dabei verschiebt sich der Deutungsrahmen der Debatte** („Frame-Verschiebung“): Nicht mehr die ursprüngliche Aussage steht im Mittelpunkt, sondern andere Themen, die von den Rechtspopulisten gesetzt werden. In diesem Zusammenhang wird mitunter auch der Eindruck erweckt, Medien oder politische Gegner würden gezielt versuchen, bestimmte Meinungen zu unterdrücken oder zu verzerren. Dadurch entsteht bei Anhängern das Gefühl, dass nur die eigene Bewegung bereit sei, eine angeblich „verschwiegene Wahrheit“ auszusprechen. Das ist gleichzeitig das Einfallstor für Verschwörungstheorien. Am Ende dieses Zyklus steht häufig eine halbherzige **„Quasi-Entschuldigung“**, die formal als Rücknahme erscheinen kann, ohne die ursprüngliche Aussage tatsächlich zu korrigieren. Kurz darauf beginnt der Kreislauf erneut.

Beispiele für diesen Mechanismus finden sich in verschiedenen öffentlichen Debatten. So erklärte die AfD-Politikerin Beatrix von Storch nach einem umstrittenen Tweet über den möglichen Einsatz von Schusswaffen an den Grenzen, sie sei „auf der Maus ausgerutscht“. Ein weiteres Beispiel ist eine Aussage des AfD-Politikers Alexander Gauland aus dem Jahr 2016 über den deutschen Fußballspieler Jérôme Boateng. In einem Interview sagte Gauland, die Menschen würden Boateng zwar als Fußballspieler schätzen, „aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben“. Die Äußerung löste breite Empörung aus, weil sie als rassistische Zuschreibung verstanden wurde. Gauland relativierte später seine Aussage und erklärte, er habe lediglich eine verbreitete gesellschaftliche Stimmung beschreiben wollen. Durch diese sich wiederholende Abfolge entsteht ein kommunikatives „Perpetuum mobile“, das ständig neue Aufmerksamkeit erzeugt und zugleich die Grenzen des Sagbaren verschiebt.

9. Psychosoziale Risikofaktoren

Rechtsextreme Orientierungen entstehen selten aus einer einzelnen Ursache, sondern aus dem **Zusammenspiel verschiedener biographischer und sozialer Faktoren**. Eine zentrale Rolle spielt dabei das menschliche **Bedürfnis nach Sicherheit und Zugehörigkeit**. Menschen suchen nach Orientierung, Anerkennung und einem verlässlichen Platz in der Gesellschaft. Werden diese Bedürfnisse dauerhaft enttäuscht, kann die Anfälligkeit für einfache politische Deutungen wachsen, die eindeutig Schuldige benennen und zugleich ein starkes Gemeinschaftsgefühl anbieten.

Ein wichtiger Bereich betrifft die **persönliche Sozialisation und familiäre Prägung**. Politische Einstellungen werden häufig innerhalb der Familie weitergegeben und können so früh verinnerlicht werden. Gleichzeitig können belastete familiäre Beziehungen, emotionale Distanz oder das Fehlen stabiler Bezugspersonen das Bedürfnis nach Halt und Orientierung verstärken. Erfahrungen von Kränkung, Zurückweisung oder Gewalt können dieses Empfinden vertiefen und dazu führen, dass eigene Leiderfahrungen in Form von Opfer- und Schuld narrativen gedeutet werden. Auch soziale Lage und Anerkennungserfahrungen spielen eine Rolle. Wer den Eindruck hat, dass eigene Leistungen gesellschaftlich nicht anerkannt werden oder berufliche Anstrengungen kaum Wertschätzung erfahren, erlebt dies oft als Kränkung der eigenen Würde. In bestimmten sozialen Milieus können solche Gefühle von Benachteiligung oder sozialem Abstieg besonders stark sein. **Leistungsdruck, Versagens- oder Verlustängste** verstärken diese Wahrnehmung und können dazu führen, dass Frustrationen auf (vermeintlich) schwächere Gruppen projiziert werden. Hinzu kommt die Erfahrung gesellschaftlicher Verunsicherung und sozialer Desintegration. Ängste vor sozialem Abstieg, wirtschaftlicher Unsicherheit oder kulturellem Wandel können das Gefühl erzeugen, dass vertraute Ordnungen brüchig werden. Gleichzeitig verlieren traditionelle soziale Milieus und politische Bindungen an Bedeutung. Für manche Menschen entsteht dadurch ein Gefühl von **Orientierungslosigkeit und Einsamkeit**. In solchen Situationen können rechtsextreme Gruppen attraktiv erscheinen, weil sie klare Identitätsangebote, einfache Erklärungen gesellschaftlicher Konflikte anbieten und ein starkes Wir-Gefühl versprechen. Verstärkt werden solche Dynamiken durch soziale Medien. **Digitale Kommunikationsräume** ermöglichen es, schnell Gleichgesinnte zu finden und eigene Sichtweisen ständig bestätigt zu sehen. Algorithmen und Echokammern können dazu beitragen, dass rechtspopulistische Narrative immer wieder verstärkt werden, während widersprechende Perspektiven kaum noch wahrgenommen werden.

Diese Faktoren erklären nicht automatisch rechtsextreme Einstellungen. Sie machen jedoch verständlich, unter welchen sozialen und biographischen Bedingungen rechtsextreme Orientierungen leichter entstehen können – insbesondere dort, wo Menschen das Gefühl haben, dass ihr Bedürfnis nach Sicherheit, Anerkennung und Zugehörigkeit dauerhaft unerfüllt bleibt.

10. Fazit

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind nicht einfach politische Randphänomene. Sie greifen gesellschaftliche Spannungen, Ängste und Unsicherheiten auf und übersetzen sie in politische Deutungsmuster. Der **Rechtspopulismus** arbeitet dabei mit einfachen Gegensätzen – Volk gegen Elite, Freund gegen Feind – und verspricht Orientierung in einer komplexen Welt. Er nutzt Gefühle von Benachteiligung, Kontrollverlust oder mangelnder Anerkennung und

bietet zugleich ein starkes Gemeinschaftsgefühl an. Der **Rechtsextremismus** geht noch weiter, indem er die Grundprinzipien der freiheitlich-demokratischen Ordnung in Frage stellt und die Gleichwertigkeit aller Menschen bestreitet.

Die oben beschriebenen Mechanismen zeigen, dass solche Positionen nicht zufällig entstehen. Sie beruhen auf bestimmten **Denkstrukturen und politischen Strategien** – etwa der Konstruktion von Feindbildern, der Dramatisierung gesellschaftlicher Krisen oder dem Versuch, kulturelle Deutungsmacht zu gewinnen. Gleichzeitig wird deutlich, dass hinter der Anfälligkeit für solche Ideologien häufig **menschliche Grundbedürfnisse** stehen: das Bedürfnis nach Sicherheit, Anerkennung und Zugehörigkeit. Gerade deshalb reicht es nicht aus, Rechtspopulismus nur moralisch zu verurteilen. Notwendig ist auch ein Verständnis der sozialen Bedingungen, unter denen solche Orientierungen entstehen können. Wo Menschen sich dauerhaft übersehen oder verunsichert fühlen, wächst die Bereitschaft, einfachen politischen Erklärungen zu folgen. Eine demokratische Gesellschaft steht deshalb vor der Aufgabe, nicht nur ihre Institutionen zu verteidigen, sondern auch Räume zu schaffen, in denen Menschen Anerkennung, Beteiligung und Vertrauen erfahren.

Aus christlicher Perspektive berührt diese Entwicklung grundlegende Fragen des Menschenbildes. **Der rechtsextreme Gedanke der Ungleichwertigkeit widerspricht dem biblischen Verständnis der gleichen Würde aller Menschen.** Im Zusammenhang damit steht die Überzeugung, dass der Mensch seine Identität nicht durch Ausgrenzung oder Feindschaft gewinnt, sondern in Beziehung und Verantwortung füreinander. Die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus bleibt deshalb eine dauerhafte gesellschaftliche Aufgabe. Sie verlangt Klarheit gegenüber menschenfeindlichen Ideologien, aber ebenso die Bereitschaft, gesellschaftliche Spannungen ernst zu nehmen und konstruktiv zu bearbeiten. Demokratie lebt davon, dass Menschen einander nicht zuerst als Gegner begegnen, sondern als Mitbürger*innen.

11. Literatur/Quellen

Grundlage des Artikels ist eine Tagung der AG Jugendvollzug der Katholischen Gefängnisseelsorge in Deutschland im Mai 2025 in Traunstein, vor allem die Präsentationen der Referenten Dr. Stefan Matern, LMU München „Rechtspopulismus im Aufwind - Rhetorik, Mobilisierung und demokratische Gegenstrategien“ und Dr. Sascha Ruppert-Karakas, LMU München, Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft „Rechtsextremismus und Gefängnis – Über die Denkstrukturen und ideologische Ausprägung der extremen Rechten in Deutschland“.

AfD-Bundestagsfraktion (2021): Menschenrechte-Flyer. Online verfügbar unter: https://afdbundestag.de/wp-content/uploads/2021/11/ak-menschenrechte_flyer_allgemein-2021_digitale-version.pdf

AfD-Landesverband BW (2026): Wahlprogramm zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2026. Online verfügbar unter: https://afd-bw.de/afd-bw/downloads/2026/landtagswahl-2026/AfD_WAHLPROGRAMM_BaWue_2026_DS_N.pdf

BfVS (2023): Türkischer Rechtsextremismus: Die „Grauen Wölfe“ in Deutschland. Online verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/auslandsbezogener-extremismus/2023-08-tuerkischer-rechtsextremismus-die-grauen-woelfe-in-deutschland.pdf>

BfVS (2025): Rechtsextremismus. Online verfügbar unter: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/rechtsextremismus_node.html

- Bige.Bayern (2024): Rechtsextremismus: Parteigebundene Strukturen. Online verfügbar unter: https://www.bige.bayern.de/infos_zu_extremismus/rechtsextremismus/parteien_und_szene/parteiueingebundene_strukturen/index.html
- BIH (2023): Verfassungsschutzbericht 2023. Online verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2024-06-18-verfassungsschutzbericht-2023.html>
- Bosselmann, Heino (2020): Diskriminiert mehr! Online verfügbar unter: <https://sezession.de/63017/diskriminiert-mehr>
- Borum, Randy (2011): Radicalization into Violent Extremism I: A Review of Social Science Theories. In: Journal of Strategic Security, 4(4), S. 7–36.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2007): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500781/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit>
- Bundeszentrale für politische Bildung (2008): Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus? Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/41312/wann-spricht-man-von-rechtsextremismus-rechtsradikalismus-oder-neonazismus>
- Bundeszentrale für politische Bildung (2025): Rechtsextreme Akteure in Deutschland: Ein Überblick. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/544330/rechtsextreme-akteure-in-deutschland>
- Deutsche Bischofskonferenz (2024): Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar. Erklärung der deutschen Bischöfe. Online verfügbar unter: <https://www.dbk.de/presse/aktuelles/meldung/erklaerung-zum-voelkischen-nationalismus-ab-sofort-als-broschuere-erhaeltlich>
- Fechter, Konstantin (2021): Feindschaft: Eine Klärung. Schnellroda: Antaios.
- Höcke, Björn (2018a): Nie zweimal denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning. Bad Schmiedeberg: Manuscriptum.
- Höcke, Björn (2018b): Rede auf Pegida-Demonstration (14.05.2018). Videomitschnitt auf YouTube.
- Kaiser, Benedikt (2018): Querfront. Schnellroda: Antaios.
- Kleine-Hartlage, Manfred (2012): Neue Weltordnung: Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie? Schnellroda: Antaios.
- Krah, Maximilian (2023): Politik von rechts: Ein Manifest. Schnellroda: Antaios.
- Kubitschek, Götz (2006): Provokation! In: Sezession, Nr. 12, S. 22–24.
- Kubitschek, Götz (2007): Provokation. Schnellroda: Antaios.
- Kubitschek, Götz (2016): Die Spurbreite des schmalen Grats. Schnellroda: Antaios.
- Kubitschek, Götz (2021): Volk und Homogenität. Online verfügbar unter: <https://sezession.de/64893/wiedervorlage-2-volk-und-homogenitaet>
- Lewandowsky, Marcel / Jankowski, Michael (2023): Sympathy for the Devil? Voter Support for Illiberal Politicians. In: European Political Science Review, S. 39–56.
- Moffitt, Benjamin (2015): How to Perform Crisis: A Model for Understanding the Key Role of Crisis in Contemporary Populism. In: Government and Opposition, 50, S. 189–217.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition, 39(4), S. 541–563.
- Mudde, Cas / Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017): Populism: A Very Short Introduction. Oxford: Oxford University Press.
- Müller, Jan-Werner (2016): What Is Populism? Philadelphia: University of Pennsylvania Press.

- Müller, Jan-Werner (2022): What, If Anything, Do Populism and Conspiracy Theories Have to Do with Each Other? In: *Social Research*, 89(3), S. 607–625.
- Przeworski, Adam (2019): *Crises of Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ruppert-Karakaş, Sascha (2024): Die Politik des Zorns: Wie die Vordenker der Neuen Rechten den Umsturz vorbereiten, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Mai, S. 89-98.
- Sellner, Martin (2023): *Regime Change von rechts: Eine strategische Skizze*. Schnellroda: Antaios.
- Sieferle, Rolf Peter (2007): *Finis Germania*. Schnellroda: Antaios.
- Siber, Stephan (2020): Unterlegenheit und Widerstand. In: *Sezession*, Nr. 96.
- Starken, Sally Lisa (2025): *Zu Besuch am rechten Rand: Warum Menschen AfD wählen*. München: Heyne
- Svolik, Milan W. / Avramovska, Elena / Lutz, Johanna / Milačić, Filip (2023): In Europe, Democracy Erodes from the Right. In: *Journal of Democracy*, 34(1), S. 5–20.
- Tagesschau (04.11.2021): Falschnachrichten für den Volkszorn, in:
<https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/elsaesser-corona-leugner-101.html>
- Von Waldstein, Thor (2015): *Metapolitik: Theorie – Lage – Aktion*. Schnellroda: Antaios.
- Weißmann, Karl-Heinz (2001): Kriminelle Akte. Interview mit Karl-Heinz Weißmann. In: *Junge Freiheit*, 36/2001.
- Wodak, Ruth (2015): *The Politics of Fear*. London: Sage.
- Zick, Andreas/Beate Küpper/Nico Mokros (2023): *Die distanzierte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellung in Deutschland 2022/23*. Hg. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.